

"Wir brauchen eine radikale Energiewende"

Migrationsforscher Karl-Heinz Meier-Braun erklärt den Zusammenhang zwischen Klimakatastrophe und Fluchtbewegungen

OFFENBURG (bpo). "Es ist bereits fünf nach 12, die Lage ist dramatisch". Professor Karl-Heinz Meier-Braun sprach beim Vortrag in der Volkshochschule über den "Klimawandel als Fluchtursache", von den Folgen für die Weltgemeinschaft, aber auch von verhaltenem Optimismus angesichts weltweiter Bemühungen um Klimaneutralität.

Der Klimawandel schreitet voran und damit auch der Verlust von Lebensgrundlage für Millionen von Menschen. Menschen fliehen nicht nur vor Krieg, Gewalt oder Hunger, sondern auch wegen der Folgen der Klimakatastrophe. Die Pandemie habe das Elend der Migranten und Flüchtlinge, insbesondere der Umweltflüchtlinge verschärft, 2020 seien mehr als 50 Millionen Menschen von über 100 klima- und wetterbedingten Katastrophen heimgesucht worden, die meisten davon in Entwicklungsländern, führte der Professor aus. Um den gefährdetsten Ländern zu helfen, sei nur ein Bruchteil der Summe notwendig, die die Europäische Union für den Aufbau nach der Corona-Pandemie vorgesehen hat. In Corona-Zeiten sei die Problematik jedoch zunehmend in Vergessenheit geraten, der Hass gegen Flüchtlinge habe zugenommen.

Die Corona-Krise werde vergehen, die Klimakrise aber bleiben. Allerdings dürfe das Thema Umweltflucht weder dramatisiert noch verharmlost werden, so der Referent. Zwar werde die Zahl der Umweltflüchtlinge steigen, sie würden aber vor allem im eigenen Land oder den Nachbarländern bleiben. Horrorzahlen von bis zu einer Milliarde Umweltflüchtlingen, die sich

auf den Marsch nach Europa machen, schürten Ängste und verhinderten eine sachliche Auseinandersetzung mit einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Für Flüchtlinge, die von Naturkatastrophen betroffen sind und für die es keine allgemein anerkannte Definition gibt, bestünde eine Schutzlücke, denn die schleichenden Umweltveränderungen ließen sich schwer erfassen. Ein "Klimapass", wie er auch von den Grünen in die öffentliche Debatte eingebracht worden sei, könnte allen Menschen das Recht auf Einwanderung ermöglichen, die aus betroffenen Gebieten kommen. Das Thema Umweltflüchtlinge sei im Wahlkampf jedoch nicht aufgetaucht. Wie lassen sich diese Fluchtursachen beseitigen? Die klare und längst bekannte Antwort: "Wir brauchen eine radikale Energiewende und verstärkte Maßnahmen gegen die drohende Umweltkatastrophe." Dabei müssten auch die Entwicklungsländer in die Pflicht genommen werden.

Die rote Ampel leuchte, "dennoch tun wir so, als sei es noch fünf vor 12", sagte eine Besucherin in der anschließenden Diskussion. Als hoffnungsvoll bezeichnete der Referent, dass die Klimakrise weltweit einen neuen Stellenwert erhalten habe, es sei mehr Bereitschaft in der Bevölkerung da, als manche Politiker wahr haben wollten. Wie soll das weitergehen? Was wird die neue Bundesregierung diesbezüglich unternehmen? Macht die UNO genug? Endgültige Antworten auf die komplexe Problematik fehlen. Deutschland sei Ein-

wanderungsland, dazu müssten wir uns bekennen, es aber auch steuern, erklärte Meier-Braun.

Im Blick auf die UNO sei die Schwierigkeit, dass ein einziges Land alles blockieren könne. Durch Wahlen könne jedoch jeder einzelne etwas bewegen, verwies er auf die Mitverantwortung der Bürger, Mut und Zivilcourage seien gefragt. Hoffnung machten Aktivisten, wie die Fridays for Future oder die zivile Seenotrettung. Allerdings brauche es lange Zeiträume um etwas zu verändern. Manchem Zuhörer genügte das nicht: Der Klimawandel sei Folge des Wirtschaftswachstums, darüber müsse man nachdenken.

Offenburgs Klimamanagerin Bernadette Kurte wollte den Besuchern der Veranstaltung abschließend einen Hoffnungsschimmer mit auf den Weg geben. Sie verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März das klarstellt, dass Menschen ein Grundrecht auf Zukunft haben. Daraufhin hat die Bundesregierung im novellierten Klimaschutzgesetz neu verankert, dass Deutschland bereits 2045 klimaneutral werden soll.

Professor Karl-Heinz Meier-Braun ist Migrationsexperte, Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. und Mitglied im Bundesvorstand dieser Organisation. Er war viele Jahre Redaktionsleiter und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks und hat zahlreiche Bücher zur Migrationspolitik geschrieben. Im Juli 2021 wurde ihm der Verdienstorden des Landes verliehen.